

Die heutige Reichstags-Sitzung.

Berlin. (Huntpr.) Der Reichstag nahm heute die Entwürfe der Gesetze zur Verlängerung der Geltungsdauer des Mieterschutzgesetzes und des Reichsmietergesetzes bis 30. 6. 21 in 2. und 3. Beratung an. Danach wurde das internationale Sanitätsabkommen in 2. Beratung angenommen. Der Nachtragsetat für 1920 wurde nach kurzer Debatte dem Haushaltsausschuss überwiesen.

Der Reichstag vertagte sich dann am Donnerstag, den 6. März, an welchem Tage die 2. Beratung der Young-Gesetze beginnen soll.

Austritt des preußischen Innenministers Grafsmittl.

Berlin. (Huntpr.) Der Amtliche Preussische Pressedienst meldet: Der seit 2 Wochen schwer erkrankte preußische Minister des Innern hat an den preußischen Ministerpräsidenten Dr. Braun nachfolgendes Schreiben gerichtet:

Sehr verehrter Herr Ministerpräsident!

Die mir zunächst selbst nur leicht erschienene Grippe-erkrankung hat in ihrer Auswirkung doch eine erhebliche Schwächung meiner Gesundheit offenbart, die nach dem Urteil meines Arztes nur durch eine längere Erholung und ein sofortiges Aufspannen von meiner seitherigen Arbeit wieder völlig behoben werden kann, anderenfalls dauernder Gesundheitsschaden mit Sicherheit zu erwarten steht. Die politische Lage des Landes und die großen von mir in Angriff genommenen und kurz vor dem Abschluss stehenden Reformarbeiten erfordern jedoch eine volle Arbeitskraft, die ich im Augenblick leider nicht besitze. Es kommt auch nicht in Frage, daß ich mein Amt jetzt auf längere Zeit bis zur Wiederherstellung meiner Gesundheit und vollen Arbeitskraft ohne politische verantwortliche Leitung lasse; das wäre von mir unverantwortlich gehandelt, und der Gedanke daran wäre mir unerträglich. Unter diesen Umständen sehe ich keinen anderen Ausweg und mich daher veranlaßt, Ihnen, hochverehrter Herr Ministerpräsident, ersuchen zu bitten, daß ich gemäß Artikel 89 Abs. 1 der preussischen Verfassung heute von meinem Amt zurücktrete. Ich benutze gern die Gelegenheit, um Ihnen, hochverehrter Herr Ministerpräsident, und den übrigen Herren Staatsministern für das Vertrauen und die Hilfe, die Sie mir während meiner Amtszeit haben zuwenden lassen, meinen besten Dank zu sagen.

Mit vorzüglicher Hochachtung bin ich Ihnen stets ergebener
Ministerpräsident Dr. Braun hat darauf mit den folgenden Worten geantwortet:

Sehr verehrter Herr Minister!

Mit tiefem Bedauern habe ich die Mitteilung Ihres Austritts vom heutigen Tage zur Kenntnis genommen. Es ist mir aufrichtiges Bedauern, Ihnen bei Ihrem Ausscheiden aus dem Amte namens der preussischen Staatsregierung für Ihre dem Staate während Ihrer Amtszeit mit Sachkunde, Ausdauer und Tapferkeit geleisteten Dienste herzlich dank auszusprechen. Ihre politische Begabung und starke Energie haben sich in dem von Ihnen geleiteten Ministerium, das politische und Verwaltungsaufgaben von gerade in dieser Zeit bedeutsamer Art in sich vereint, voll auswirken und damit Wertvolles für die Festigung unserer republikanischen Staatsformen schaffen können. Für Ihre kollegiale Zusammenarbeit besondern Dank. Ich wünsche, daß es Ihnen vergönnt sein möchte, Ihre Kräfte bald zu überwinden, damit Sie Ihre volle Kraft wieder in den Diensten des Landes stellen können. In aller kollegialer Hochachtung Ihr
Hochachtungsvoll
Dr. Braun.

Berlin. (Huntpr.) Im preussischen Landtag teilte Präsident Barthold ein Schreiben der Staatsregierung mit, wonach der preussische Innenminister zurückgetreten und der bisherige Oberpräsident der Provinz Sachsen Prof. Dr. Wenzig (Soz.) zu seinem Nachfolger ernannt worden ist. — Bekanntlich steht am heutigen Freitag der kommunistische Ministerantrag gegen den Innenminister im Landtag zur Abstimmung.

Frankreichs Erklärungen gegen den Zollwaffenstillstand.

Genf. In einem der Unterausschüsse zur Beratung eines Zollwaffenstillstands-Abkommens ist gestern nachmittags die seit Beginn der Konferenz erwartete Erklärung der französischen Regierung abgegeben worden. Sie ist, soweit sie den Abschluß eines Zollwaffenstillstands betrifft, vollständig negativ ausgefallen. Serruys, der frühere Leiter der Handelsvertragsabteilung des Quai d'Orsay, erklärte, Frankreich könne dem vorgeschlagenen Zollwaffenstillstand nicht zustimmen. Es gäbe nach seiner Auffassung aber mehrere andere Mittel, um praktische Ergebnisse zu erzielen. So könne die Konferenz vor allem ihr Interesse auf die konsolidierten Zölle konzentrieren, die ein außerordentlich kultivierendes Element in die Handelsbeziehungen bringen. Frankreich habe über 70 Prozent gebundene Zölle. Ueber die Dauer, bezw. die Erweiterung der konsolidierten Zölle könnte man sich sehr wohl unterhalten. Hinsichtlich der autonomen Zölle empfehle er das Beispiel des belgisch-französischen Handelsvertrages, der eine Bestimmung enthält, wonach die beiden Parteien vor der Verlängerung autonomer Zölle in Verhandlungen treten. Auch in dieser Richtung könnten gewisse Ergebnisse erzielt werden.

Die französische Erklärung hat einen außerordentlich starken Eindruck hervorgerufen. Der Schweizerische Vertreter Staudt hob hervor, daß mit ihrer Abgabe eine neue Situation entstanden sei, in der es keinen Zweck mehr habe, über den Zollwaffenstillstand weiterzuverhandeln. Eine ganze Reihe von Staaten, darunter auch die Schweiz und Deutschland, hätten ihre Zustimmung von der Beteiligung Frankreichs am Zollwaffenstillstand abhängig gemacht, die nunmehr ausbleibe. Die schweizerische Delegation müsse, nachdem der Zollwaffenstillstand tot sei, auf jeden Fall zunächst neue Instruktionen einholen. Ministerialdirektor Hoffe äußerte sich in ähnlichem Sinne und erklärte, mit der französischen Stellungnahme sei zum mindesten der Auftrag des ersten Hauptauschusses, der die Einzelheiten des Zollwaffenstillstands durchberaten habe, erledigt. Wenn der Ausschuss weiterarbeiten sollte, müßte er von der Zollkonferenz einen neuen Auftrag erhalten.

Die französische Delegation griff wiederholt ein, um den unabweisbar negativen Eindruck ihrer Erklärung abzumildern, und setzte sich sehr energisch für die Fortführung der Verhandlungen ein, da die französische Erklärung auch positive Gedanken enthalte, auf deren Basis weitergearbeitet werden könne. Im Grunde hätte nach einer Mitteilung die französische Erklärung niemand übersehen können.

Der Unterausschuss, in dem gestern nachmittags die französische Erklärung abgegeben worden ist, hat sich schließlich auf heute nachmittags vertagt. Präsident Solign hat sich

Die Abstimmungen im Youngplan-Ausschuß.

Berlin. (Huntpr.) In der heutigen Sitzung der Vereinigten Reichsausschüsse waren nach dem gestrigen Beschluß der Aussprache über die Young-Gesetze nur noch die Abstimmungen vorzunehmen.

Nach Ablehnung aller Änderungsanträge wird Artikel I des Youngplanes mit 29 Stimmen der Sozialdemokraten, Demokraten und der Deutschen Volkspartei gegen 21 Stimmen der Deutschnationalen, Kommunisten, Wirtschaftspartei und Christlich-Nationalen, bei Stimmenthaltung desentrums und der Bayerischen Volkspartei (zusammen 11 Stimmen) angenommen.

Mit demselben Stimmenverhältnis wird der Rest des Youngplanes angenommen.

Die Liquidationsabkommen werden mit 26 gegen 24 Stimmen angenommen, weil in diesem Falle Abg. Dr. Schöke (Dsp.) mit der Opposition gegen die Abkommen stimmt hat.

Der Antrag der Christlich-Nationalen auf Trennung des polnischen Liquidationsabkommens vom Youngplan wurde abgelehnt.

Angenommen wurde dagegen mit 24 gegen 27 Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten ein Antrag, wonach Reichsbangehörige, die durch die deutsch-polnische Ueber-

das Recht vorbehalten, den Vollausgleich zur weiteren Beratung über die französischen Entwürfe und ihre Folgen einzuberufen.

Der neue Bürgerkrieg in China.

Paris. Die Agentur Indopacifique meldet aus Schanghai: Sibirien hat die führenden Persönlichkeiten von Schanghai erlucht, auf die Demission Tschiangkaifschang zu dringen. Der Sturz der Regierung Tschiangkaifschang sei das einzige Mittel, die Ruhe zu sichern. Der Krieg scheint im Süden und Norden unermesslich an sich zu erhöhen. Schanghai verfügt über 9000 Mann, die Kuomintang über 200 000, die verbündeten Generäle über 110 000. Die Aufständischen sollen insgesamt 400 000 Mann zur Verfügung haben. Die Vorhut der nationalen Armee hat Befehl zum Vorrücken erhalten.

Nach einer Meldung aus Peking trifft die Provinzialregierung Maßnahmen zur Verhinderung der Ausbreitung der in Kwangsi entzündeten extremistischen Bewegung. Die aufständischen Generale, die sich im Juli vorigen Jahres beinahe Peking besetzt hatten, sollen vernichtet worden sein.

Vor der Abnahmeprobefahrt der „Europa“.

Bremen. Die Probefahrt des Schnel dampfers „Europa“ des Norddeutschen Lloyd ist am 27. Februar mit einer Fahrt von Cuxhaven nach Bremerhaven zum Beispiel vorzüglich beendet. Das Ergebnis des ersten Teiles der Probefahrt ist sehr befriedigend. Das Schiff bewies erneut glänzende See-Eigenschaften. Die Abnahmeprobefahrt wird in der nächsten Woche stattfinden. Inzwischen werden von der Bauwerft die restlichen Arbeiten fertiggestellt und an der Ausrüstung des Schiffes wird weiter gearbeitet. In der Zeit zwischen dem endgültigen Abschluß der Probefahrt und der ersten Ausreise des Dampfers nach New York, die bekanntlich am 19. März stattfinden wird, die Einrichtung des Wirtschaftsbetriebes beendet.

Die Entführer Rutleffs freigesetzt?

Paris. Ueber das bisherige Ergebnis der polizeilichen Untersuchung im Fall Rutleff berichtet die Pariser Polizei strenges Stillschweigen, um die weiteren Ermittlungen nicht zu stören. Es scheint aber tatsächlich gelungen zu sein, die unmittelbare an der Entführung beteiligten Personen festzusetzen, wenigstens soweit es sich um den Fahrer des grauen Autos und den fahrenden Polizeibeamten handelt. Ein Entwischen der verdächtigten Personen scheint nicht mehr möglich zu sein, da sie von der Polizei streng überwacht werden. Die wertvollsten Aussagen stammen von einer Frau, die am Sonntag der Entführung die bekannte Seilbedrücke Mont Palma abwickelt und während einer Vernehmung auf das graue und rote Auto aufmerksam wurde. Der graue Wagen hielt direkt vor ihr und so hatte sie Gelegenheit, in Ruhe die Vorgänge zu beobachten, die sich im Innern der Limousine abspielten. Zwischen zwei gutgekleideten Männern sah der General, dem man ein Tuch vor die Nase hielt. Auf dem Rücksitz sah ein Polizeibeamter. Als sich die Frau aus Neugierde dem Wagen näherte, erhob sich der Polizeibeamte und versuchte mit dem Rücken des Fahrer zu verwehren. Dies gelang ihm jedoch nur zum Teil und die Frau sah deutlich, wie einer der beiden Begleiter das Tuch vom Gesicht des Generals nahm, es dem Beamten reichte und dieser den Inhalt einer Tasche darüber goß, worauf man es dem General wieder vor die Nase hielt. Die Nachforschungen der Polizei stimmen mit der Personalbeschreibung der Frau und mit der jenes Krankenwärters, der Zeuge der Verwicklung war, die er vom Krankenhaus aus beobachtete, überein.

Das Zerrüttungsprinzip an der Ehecheidung.

Berlin. Der Unterausschuss des Reichsausschusses des Reichstages, der die Reform der Ehecheidung vorbereiten soll, beschloß am Donnerstag, als Grundlage für die weiteren Verhandlungen den im früheren Reichstag eingebrachten gemeinsamen Antrag der Sozialdemokraten, Demokraten und des Abg. Dr. Kahl (Dup.), der zur Erleichterung der Ehecheidung das Zerrüttungsprinzip einführen will, anzunehmen. Ueber einen Antrag, die Ehecheidung auf Antrag eines Ehegatten nach Ablauf einer dreijährigen Trennungserkrankung zuzulassen, konnte im Ausschuss keine Einigung erzielt werden. Zur Verhinderung einer späteren Verständigung beantragten die Sozialdemokraten, eine solche Trennung im beiderseitigen Einverständnis zuzulassen. Die Demokraten beantragten ferner, die Trennungserkrankung von 3 auf 5 Jahre zu erhöhen. Ueber diese Anträge wird später im Vollauschuss entschieden werden.

Das Bündelmonopol vor dem Staatsgerichtshof.

Hamburg. Der Verein der Wiener Kolonialwarenändler hat vor dem Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich in Leipzig Klage erhoben, weil der Verein und seine Mitglieder sich durch das vom Reichstag beschlossene Bündelmonopol benachteiligt fühlen. Die Klage gründet sich, wie das Hamburger Fremdenblatt hört, auf Artikel 109 der Reichsverfassung, der in seinem ersten Absatz besagt, daß alle Deutschen vor dem Gesetz gleich sind. Die Ungleichheit sieht der Verein darin, daß insbesondere den Konsumvereinen durch das Bündelmonopol eine Reihe von Privilegien zuwendet worden seien.

einflußt einen unmittelbaren Vermögensnachteil zu erleiden, eine angemessene Entschädigung erhalten sollen. Die Entschädigung soll nicht geringer sein als diejenige, die der deutsch-polnische Gemischte Schiedsgerichtshof über der Saager Schiedsgerichtshof voraussichtlich festgesetzt haben würde. Die Entschädigung soll verzinslich sein und ins Reichsbudget einbezogen werden.

In Entschädigungen soll die Regierung ersucht werden, bei der Durchführung des Liquidationsabkommens geeignete Sparmaßnahmen für die Liquidations- und Verwaltungsabteilungen zu verwenden und den aus Polen verdrängten Handwerkern für ihre Betriebe in Deutschland sofortige Vorküsse auf die künftige Entschädigung zu zahlen, sowie den verdrängten Handwerkern, Gewerbetreibenden und kleinen Industriellen Kredite zu gewähren.

Auch der Rest der Gesetzentwürfe wurde angenommen.

In einer Schlußansprache wies der Vorsitzende, Abg. Selmann (Soz.), auf die Bedeutung der geleisteten Arbeit der Vereinten Ausschüsse hin. Er dankte allen Beteiligten für die mühselige Arbeit und verband damit den Wunsch, daß die an das Inkrafttreten des neuen Youngplans bezüglichen Befürchtungen sich nicht bewahrheiten.

Das Zentrum enthält sich der Stimme.

Berlin. (Huntpr.) Das Zentrum beschloß in der heutigen Fraktionssitzung, sich im Ausschuss bei der Abstimmung über die Young-Gesetze einzufügen, das Vollabkommen der Stimme zu enthalten. In der Abstimmung wird das Zentrum eine Erklärung abgeben, die, wie B. d. B. hört, zum Ausdruck bringt, daß die Stimmenthaltung keine Willkürhandlung der Regierungspolitik bedeuten soll. Auch bei dem Antrag, das Vollabkommen von den Young-Gesetzen trennen, wird sich das Zentrum der Stimme enthalten.

Beurteilung der Deutschen Bank.

Berlin. (Huntpr.) In dem heutigen Verbandsversammlung vor dem Bundesgericht in der Anfechtungsklage gegen die D. B. Bank wurde, wie die „D. B.“ meldet, verkündet, daß das Institut sei, ein bei der Fusion angenommenes Firmen „Deutsche Bank und Diskontogesellschaft“ aus formalen und materiellen Gründen ändern muß. Das Gericht hat sich auf den Standpunkt gestellt, daß die Addition der beiden Banknamen in Verbindung mit dem Wörtchen „und“ der Gründung einer neuen Firma gleich kommt. Infolgedessen steht die Fortleitung nun vor der Frage, entweder ihren Namen noch weiter durch den Zusatz „u. S.“ zu vergrößern oder zu einem der alten Namen aus der Zeit vor der Fusion zurückzuführen; dies würde bedeuten, daß der Name „Diskontogesellschaft“ aus dem Firmenschild verschwindet.

Kranzniederlegung am Grab Friedrich Ebert.

Berlin. (Huntpr.) Im Auftrag des Herrn Reichskanzlers hat der Präsident des Landesfinanzamtes Karlsruhe, Herr Stamer, wie in den Vorjahren, am Grab des Reichspräsidenten Ebert, anlässlich der Wiederkehr seines Todestages namens der Reichsregierung einen Kranz mit schwarz-rot-goldener Schleife niedergelegt.

Zuchthausstrafe wegen Landesverrats.

Leipzig. (Huntpr.) Das Reichsgericht hat im Landessverratsprozess gegen Rudolf Grohe und Genossen nach mehrtägiger Verhandlung folgendes Urteil gefällt: Wegen Verrates militärischer Geheimnisse werden gemäß § 1 Abs. 1 des Spionagegesetzes verurteilt der Vertreter Emil Adamski zu 6 Jahren Zuchthaus, 5 Jahren Ehrenreueverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht, der Techniker Rudolf Grohe zugleich wegen Diebstahls zu 3 Jahren Zuchthaus, der Richter Erwin Grohe wegen Beihilfe zum Verbrechen des Landesverrats zu 6 Monaten Gefängnis.

Hochbahnunglück.

Berlin. (Huntpr.) In der Nähe des Schiffsdenkmal trug sich heute vormittags gegen 10 Uhr ein schwerer Unfall zu. Ein vom Schiffsdenkmal Tor in Richtung Warschauer Brücke fahrender Zug fuhr in der Kurve nahe Oberbaumbrücke in eine Arbeiterkolonne. Während sich die anderen Arbeiter rechtzeitig in Sicherheit bringen konnten, gelang es 2 Mann unter den Zug und wurden schwer verletzt. Sie wurden von den anderen Arbeitern befreit und ins Krankenhaus gebracht.

Berlin. (Huntpr.) Das Unglück auf der Hochbahn hat ein Todesopfer gefordert. Die beiden verwundeten Arbeiter wurden ins Krankenhaus verbracht, wo einer von ihnen bald darauf seinen Verletzungen erlag. Wie die Ermittlungen ergaben, dürfte das Unglück dadurch verursacht sein, daß die beiden Arbeiter das Warnungssignal des Sicherheitspostens überhört haben.

Marktberichte.

Amtliche Notierungen der Produktionsbörse zu Chemnitz vom 26. Februar 1920.

Weizen, inländ.	76 kg	237-243	Weiß, Einquantin	180-206
Weggen, inländ.	73 kg	107-160	Weizenmehl 70%	40,50
	72 kg	163-170	Weizenmehl 60%	38,50
	73 kg	107-160	Weizenmehl 50%	36,00
	72 kg	163-170	Wassermehl	8,00
	73 kg	107-160	Wassermehl, braungepreßt	12,00
	72 kg	163-170	do. lose	11,00
	73 kg	107-160	Gerst, neu	—
	72 kg	163-170	Getreide-Straw, lose	—
	73 kg	107-160	do. braungepreßt	4,50

Handel und Volkswirtschaft.

Au der Berliner Börse konnte sich am Donnerstag nur vorübergehend eine leichte Erholung durchsetzen. Im weiteren Verlauf bröckelten die Kurse allgemein ab, wenn auch die Veränderungen im ganzen geringfügig blieben. Vermindert wirkte vor allem das Ausbleiben der erwarteten Londoner Diskontierung und auch die Verteuerung am Berliner Geldmarkt, wo infolge des Währungs-Tagesgeld 7 bis 8 Prozent lofierte. Der Privatdiskont notierte unverändert 5,7 Prozent. Unter den Effekten zeigten die festverzinslichen fast keine Veränderungen. Anleihebesitz wurde mit 51,50, Reichsbill mit 5,30 Prozent notiert. Kleine Gewinne ergaben sich zunächst bei den Kalkulen, bei den Forderungen und am Elektromarkt. Reichsbill dagegen bröckelten sehr bald ein wenig ab. Ausgesprochen schwach lagen Hefe Bergbau, die bis zu 8 Prozent einrückten. Die Hefe blieb bei 111 bei wenig veränderten Kursen, nur die gingen weiter am insgesamt 3 1/2 Prozent zurück.